

scheidungs-gremien und andere Institutionen aufbauen. Dabei sollte die Übergabe des „Betriebes“ rechtzeitig erfolgen. Entscheidend bleibt dann: Gibt es Mitsprache und Kritik der Mitglieder gegenüber der Gründergestalt zu ihrer Lebenszeit und zum Führungsgremium, ist das erwünscht?

Viele Bewegungen sind papsttreu, kritisch gegen kirchliche und gesellschaftliche Verhältnisse, den „Zeitgeist“. Kritische Solidarität mit der Kirche wird oft nicht gefördert. Wird so aber nicht auch ein patriarchales Modell unkritisch aufrecht erhalten? Geklärt werden müßte auch, wie sich die Entwicklung der Personen zur Entwicklung der Organisation – Fügsamkeit in der Gemeinschaft, Mündigkeit in der Gesellschaft – verhält?

Ungeklärte rechtliche Zuständigkeiten

Auf dem römischen Weltkongreß für kirchliche Bewegungen 1998 hielt neben Kardinal Ratzinger (vgl. HK, Juli 1998, 332 ff.) auch *Gianfranco Ghirlanda SJ*, Professor für Kirchenrecht an der Päpstlichen Universität Gregoriana, ein Grundsatzreferat, das bisher nicht veröffentlicht wurde. Nur eines seiner Beispiele für rechtlich zu klärende Probleme: *Gelübde beziehungsweise Versprechen* sind keine kirchlich bindenden Verpflichtungen, da sie nur bewegungsintern gelten. Deshalb sollten sie nicht offiziell vor Vertretern der Gemeinschaft abgelegt werden, um Mißverständnisse zu vermeiden. Andernfalls müsse auch die Lösung der abgelegten Versprechen geklärt werden, samt der Verpflichtung der Gemeinschaft, den Betreffenden Hilfe für einen ihrer Ausbildung angemessenen Beruf zu gewähren.

Ein anderes dringendes Desiderat betrifft die *Aufsichtspflicht des Ortsbischofs*: Gibt es regelmäßige gründliche Visitationen der Gemeinschaften? Sind Ansprechpartner bestellt für Angehörige geistlicher Gemeinschaften, die in finanzielle, psychische und rechtliche Schwierigkeiten geraten sind (in doppelter Instanz wie bei Eheprozessen, damit nicht die Vorliebe eines Bischofs ausschlaggebend ist)?

Und es ergibt sich noch ein weiteres Ordnungsproblem: Was ist von einer Gemeinschaft der Gemeinschaften zu halten, vergleichbar mit den Arbeitsgemeinschaften von Orden und Verbänden? Schon wegen vielerlei *Berührungsalergien geistlicher Gemeinschaften untereinander* dürfte das bedenklich sein. Im Juni 1999 hat der Laienrat 100 Bischöfe und Kardinäle sowie Vertreter einzelner Gemeinschaften zu einem Seminar über das Verhältnis kirchliche Bewegungen und der Ortskirche nach Rom eingeladen. Dort wurde, wie der Untersekretär des Päpstlichen Rates für die Laien, *Guzmán Carriquiry*, berichtet, gewarnt: „Es ist um so mehr angezeigt, vor jeder Versuchung von Koordinierung von ‚Bewegungs-Blocks‘ in der Kirche auf der Hut zu sein, vor einer ‚Superbewegung‘ der Bewegungen“ (vgl. „30 Tage“, Nr. 6/7 1999).

Auch wenn viele offene Fragen bleiben, es wäre ein sehr großer Verlust, wenn nicht die neuen kirchlichen Gemeinschaften trotz unvermeidlicher Spannungen einen gebührenden Platz in der Kirche erhielten oder wenn sich manche von ihnen wegen versäumter Reformen selbst verabschiedeten.

Hanspeter Heinz

Trotz allem politisch stabil

Die Schweiz nach den Nationalratswahlen 1999

Bei den Schweizer Nationalratswahlen am 24. Oktober wurde die Schweizer Volkspartei mit ihrer Leitfigur Christoph Blocher erstmals zur stärksten Partei. Die Zusammensetzung der Vierparteienregierung in Bern wird sich vermutlich nicht verändern; wohl aber wird man der antieuropäischen Stimmung, für die Blochers SVP steht, größere Konzessionen machen müssen.

Seit 1931 wird in der Schweiz am letzten Oktobersonntag des einem Schaltjahr vorangehenden Jahres für jeweils eine vierjährige Legislaturperiode der *Nationalrat* gewählt, die aus 200 Abgeordneten des Volkes bestehende große Kammer des Parlamentes. In den meisten Kantonen findet am gleichen Tag auch die Wahl in die kleine Kammer statt, den 46 Abgeordnete der Kantone zählenden *Ständerat*. Weil mit Aus-

nahme des Kantons Jura die Ständeratswahlen nach dem Majorzsystem erfolgen, müssen in neun Kantonen noch zweite Wahlgänge durchgeführt werden, von denen indes keine Verschiebungen der Parteienstärken zu erwarten sind. Im schweizerischen politischen System der Mehrparteienregierung in einer Referendumsdemokratie sind die Parlamentswahlen weniger bedeutsam als in einer Konkurrenz-

demokratie mit dem möglichen Wechsel einer Partei oder einer Koalition zwischen Regierungs- und Oppositionsrolle. Die Bedeutung der Nationalratswahlen liegt, abgesehen von einer von ihrem Ergebnis beeinflussten Kurskorrektur der Politik der Bundesbehörden, vor allem im Aufweis der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse nicht zuletzt im Blick auf das fakultative Referendum. 50 000 Stimmberechtigte können beispielsweise verlangen, daß ein vom Parlament verabschiedetes Bundesgesetz dem Volk zur Abstimmung unterbreitet wird; so können eine politische Kraft, ein Verband oder auch eine im Parlament vertretene Partei mit der Androhung eines Referendums erfolgreich Einfluß auf die Gesetzgebung nehmen.

Die heutige parteipolitische Zusammensetzung der Regierung (des Bundesrates) ist ein freiwilliger, seit 1959 unveränderter Proporz, der in der politischen Alltagssprache als „Zauberformel“ apostrophiert wird. Von den sieben Sitzen werden je zwei von den drei großen im 19. Jahrhundert entstandenen Gesinnungsparteien FDP, CVP und SPS gehalten, während die auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurückgehende, ursprünglich bäuerlich-gewerbliche Interessen vertretende SVP einen Sitz hält.

Die bürgerliche Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) und die weitgehend bürgerliche Christlichdemokratische Partei (CVP) verkörpern ursprünglich den Gegensatz zwischen der protestantisch-liberalen Mehrheit der städtisch-industriellen Kantone und der katholisch-konservativen Minderheit der agrarischen Kantone, während die Sozialdemokratische Partei (SP) als einzige nichtbürgerliche Partei die Interessen der Lohnabhängigen vertrat. Die 1929 in die Regierung aufgenommene kleine bürgerliche Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) wurde durch den Zusammenschluß mit der Demokratischen Partei der Kantone Glarus und Graubünden 1971 zur Schweizerischen Volkspartei (SVP), die 1999 als Siegerin aus den Nationalratswahlen hervorgegangen ist.

In der Legislaturperiode 1995 bis 1999 wurden 162 Sitze des Nationalrates von diesen vier Regierungsparteien gehalten, die übrigen 38 Sitze von einer Reihe von mehrheitlich Klein- und Kleinstparteien. Zu den auf eidgenössischer Ebene vertretenen Kleinparteien gehören die 1983 gegründete Grüne Partei (GPS) sowie die Liberale Partei der Schweiz (LPS), in der sich 1913 die liberal-konservativen Kräfte des Freisinns in der Westschweiz und in Basel zusammengeschlossen hatten. Der Landesring der Unabhängigen – auf die Nationalratswahlen hin umbenannt in Liste der Unabhängigen (LdU) – hatte als ökologisch orientierte bürgerliche Partei in den letzten Jahren einigen – vorübergehenden – Erfolg.

Im eidgenössischen Parlament ebenfalls vertreten waren zwei evangelisch orientierte Kleinstparteien, die von freikirchlicher Seite unterstützte Evangelische Volkspartei (EVP) und die von evangelikaler Seite unterstützte Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU) mit einer nationalkonservativen Komponente. Am ganz rechten Rand angesiedelt sind die

Oppositions- und Protestparteien: die als Autopartei gegründete Freiheitspartei der Schweiz (FPS) und die Schweizer Demokraten (SD), 1961 als Nationale Aktion für Volk und Heimat gegründet und 1990 umbenannt, sowie die Tessiner Protestbewegung Lega dei ticinesi.

Am ganz linken Rand angesiedelt ist die sozialistische Partei der Arbeit (PdA), die indes nur noch in der Westschweiz in Erscheinung tritt. In der letzten Legislaturperiode waren ferner mit je einem Sitz die feministische Züricher Liste „Frauen macht Politik“ sowie die unabhängigen Christlichsozialen des Kantons Freiburg vertreten.

Der Gesinnung nach christlichsozial ist auch ein – allerdings zunehmend kleiner werdender – Flügel der CVP. Die von der CVP unabhängigen Christlichsozialen, die sich 1996 zur Christlichsozialen Partei der Schweiz (CSP) zusammengeschlossen hatten, sind in den Kantonen Freiburg und Jura mit einem Wähler- und Mandatsanteil von rund 10 Prozent eine recht starke Kraft. Für die Nationalratswahlen 1999 trat die CSP in den Kantonen Zürich, Luzern, Freiburg und Graubünden mit eigenen Listen an.

Einen ebenfalls katholischen Hintergrund hat die Katholische Volkspartei (KVP), die 1994 durch eine Abspaltung rechtskatholischer Kreise von der CVP entstand; sie tritt in den Kantonen Thurgau und Luzern mit der Bedeutungslosigkeit einer Splittergruppe in Erscheinung.

Das Doppelspiel der Schweizer Volkspartei

Die Ausgangslage der Nationalratswahlen 1999 war durch das Ergebnis der Wahlen vor vier Jahren mitgeprägt. Damals wurden zum einen die Regierungsparteien gestärkt, zum andern gewannen dabei die beiden Flügelparteien SP und SVP erheblich Stimmen und Sitze (vgl. HK, Januar 1996, 19 ff.). Im Verlauf der Legislaturperiode 1995 bis 1999 setzte sich bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente diese Entwicklung fort.

Die beiden Parteien links und rechts der Mitte konnten ihre Positionen zu Lasten der CVP und FDP sowie der kleinen Parteien kontinuierlich ausbauen. Die Sozialdemokraten gewannen in 18 Kantonen Sitze hinzu und büßten in nur fünf Kantonen Sitze ein; das Ergebnis ist ein Gewinn von 37 Sitzen. Die SVP erhöhte die Zahl ihrer Mandate in 13 Kantonen und verlor in nur vier Kantonen Sitze; das Ergebnis ist ein Gewinn von 84 Sitzen. Die CVP hat in 16 Kantonen Mandate verloren und in nur drei Kantonen zusätzliche gewonnen; das Ergebnis ist ein Verlust von 63 Sitzen. Auch die FDP hat in 15 Kantonen Mandate verloren und in nur vier neue gewonnen; das Ergebnis ist ein Verlust von ebenfalls 63 Sitzen. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Parlament des Kantons Luzern um 50 Sitze verkleinert worden ist.

Trotz dieser erheblichen Verschiebungen hielt vor dem Wahlherbst 1999 die FDP mit 708 Mandaten immer noch

Meisterdenker

FORTUNE, Büchchen

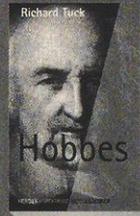
am meisten kantonale Parlamentssitze inne, gefolgt von der CVP mit 658 Sitzen und der SP mit 595 Sitzen. Die SVP holte wohl erheblich auf, steht mit 407 kantonalen Parlamentsmandaten diesbezüglich aber immer noch an letzter Stelle der Regierungsparteien.

Bei den kleinen Parteien ist das Bild uneinheitlich. Trotz Rückschlägen verfügen die Grünen am Ende der Legislaturperiode über 17 Sitze mehr in den Kantonalparlamenten als zu Beginn. Die Liberalen hingegen verloren in ihren angestammten Kantonen 13 Sitze, ohne in neuen Kantonen Fuß fassen zu können. Die LdU hat ebenfalls keinen neuen Sitz gewonnen, hingegen 15 Mandate verloren, was sie in die Nähe der Auflösung bringen dürfte. Der Bestand der Lega blieb unverändert, die EVP verlor einen Sitz, die CSP gewann einen Sitz, die EDU gewann zwei Sitze, die SD gewannen gar fünf Sitze. Mit vier Sitzgewinnen und insgesamt 38 Mandaten ist die PdA in der Westschweiz immer noch eine politische Kraft links der SP. Die Freiheitspartei verlor 40 kantonale Mandate. Die vier Regierungsparteien auf Bundesebene haben so auch in den kantonalen Parlamenten ihre Position zu Lasten einzelner kleiner Parteien ausbauen können.

Der kontinuierliche Vormarsch in den Kantonen war für die Schweizerische Volkspartei eine gute Voraussetzung für einen erfolgreichen Wahlkampf auf eidgenössischer Ebene. Dabei hat sie es verstanden, das Doppelspiel zu spielen, das *Christoph Blocher*, der Präsident der Zürcherischen SVP, meisterhaft zu spielen versteht: Obwohl Regierungspartei, sich als Alternative zu den Regierenden, als Opposition zu den politisch Mächtigen, zur „classe politique“ zu empfehlen, sich dabei auf wenige Themen zu beschränken und in der verbalen Auseinandersetzung den politischen Gegner gelegentlich auch zu verhöhnen. So rief der schweizerische Parteipräsident *Ueli Maurer* an der letzten Delegiertenversammlung der SVP vor den Wahlen zum Kampf gegen die „Sozialisten aller Parteien“ und die „Halbstarcken im politischen Sumpf der Mitte“ auf.

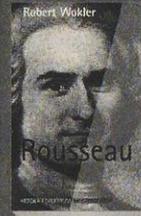
Zu diesem politischen Stil gehört, daß sich Christoph Blocher – ob aus Gründen allein des politischen Marketing, muß offen bleiben – schwer tut, sich gegen rechts abzugrenzen. Daran wollten ihm politische Gegner eine Woche vor dem Wahlsonntag einen Strick drehen. Der „Sonntags-Blick“ veröffentlichte einen Brief, mit dem sich Christoph Blocher bei einem Anhänger für die Zustellung des Buches „Vom Untergang der schweizerischen Freiheit“ bedankte. Das kurze Schreiben kulminiert im Satz: „Wie Recht er [der Verfasser] doch hat.“ Der Verfasser dieses Buches ist *Jürgen Graf*, ein inzwischen gerichtsnotorischer Holocaust-Leugner. Dieser Brief war vor zwei Jahren schon einmal in der „Wochen-Zeitung“ veröffentlicht worden, wurde damals aber nicht besonders beachtet. Kurz vor den Wahlen schlug die Zweitveröffentlichung dann aber hohe Wellen.

Die Presse nahm sich dieser „Briefaffäre“ eingehend an, und die drei übrigen Bundesratsparteien reagierten darauf mit Inseraten in den großen Zeitungen. Blocher seinerseits stellte



Richard Tuck
Hobbes
Band 4742,
DM / Sfr 16,80
ATS 123,-

„Der Hauptzweck des Zusammenlebens der Menschen in einem Staat ist der Wunsch, jenem elenden Zustand des Krieges aller gegen alle zu entinnen.“



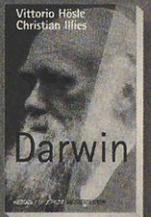
Robert Wokler
Rousseau
Band 4735,
DM / Sfr 16,80
ATS 123,-

„Der Mensch ist frei geboren, und überall liegt er in Ketten.“



Anthony Stevens
C.G. Jung
Band 4759,
DM / Sfr 16,80
ATS 123,-

„Die Welt hängt – ganz besonders heute – an einem dünnen Faden, und dieser Faden ist die Menschenseele.“



V. Höslle/Ch. Illies
Darwin
Band 4760,
DM / Sfr 16,80
ATS 123,-

„Es ist eine wunderbare Tatsache ... daß alle Tiere und Pflanzen durch alle Zeiten und allen Raum miteinander verwandt sind.“



Martin Gessmann
Hegel
Band 4763,
DM / Sfr 16,80
ATS 123,-

„Das Ganze ist das Wahre.“



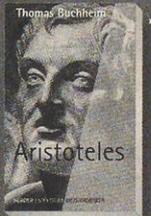
Wilhelm Geerlings
Augustinus
Band 4765,
DM / Sfr 16,80
ATS 123,-

„Im Inneren des Menschen wohnt die Wahrheit.“



Michael Bordt
Platon
Band 4761,
DM / Sfr 16,80
ATS 123,-

„Wenn einer die Schönheit sieht und sich dabei an das Wahre erinnert, wird er mit Flügeln versehen, und so geflügelt sehnt er sich danach, sich hinaufzuschwingen.“



Thomas Buchheim
Aristoteles
Band 4764,
DM / Sfr 16,80
ATS 123,-

„Alle Menschen streben von Natur nach Wissen.“



Klaus Fischer
Einstein
Band 4762,
DM / Sfr 16,80
ATS 123,-

„Gott würfelt nicht.“



A.C. Grayling
Wittgenstein
Band 4739,
DM / Sfr 16,80
ATS 123,-

„Wovon man nicht sprechen kann, darüber muß man schweigen.“

Menschen und Ideen,
die unsere Welt
verändert haben

HERDER / SPEKTRUM

Leben ist mehr

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder bei:

D+A: Freiburger Buchversand, Habsburgerstr. 116, 79104 Freiburg, Tel. 0761-27 17-328, Fax -360
CH: Herder AG Basel, Postfach, 4133 Pratteln 1, Tel. 061-82790-60, Fax -67
Das Taschenbuch-Gesamtverzeichnis schickt Ihnen: Verlag Herder, Frau Thomann, 79080 Freiburg

sich geschickt als „Opfer einer Medien-Verschwörung“ dar; in einem Fernsehinterview verurteilte er Antisemitismus, Rassismus, Revisionismus und Extremismus. Zugleich bezeichnete er aber das seinerzeitige Vorgehen des Jüdischen Weltkongresses gegen die Schweiz, das der Kontext des Briefwechsels war, als Erpressung jüdischer Kreise in den USA. „Es ist offensichtlich so, daß er sich im Abstrakten zwar sehr klar gegen Antisemitismus ausspricht, im individuellen Fall jedoch die möglicherweise antisemitischen Motive der ihm Zustimmenden ungeprüft läßt“ (NZZ, 21. 10. 99).

Umgehend forderte die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) von der Politik die unmißverständliche Distanzierung von rechtsextremem Gedankengut. Es sei nicht akzeptabel, wenn Täter, die den Antisemitismus durch ihr Handeln, wenn auch vielleicht nur unbewußt, begünstigten, sich selber schnell als Opfer einer Medienkampagne darstellten und dabei ihre eigene Mittäterschaft als Anheizer von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ausblendeten. Auch eine nationalkonservative Politik müsse so vertreten werden, daß keine Alt- und Neonazis sowie Holocaust-Leugner im Kielwasser mitschwimmen könnten.

Zwei Gründe sprechen dafür, daß dieser Angriff bzw. die geschickte Verteidigung Christoph Blocher und der SVP letztlich geholfen haben. Bis wenige Tage vor dem Wahlsonntag war der Rücklauf der Briefstimmen überraschend tief, die Stimmbeteiligung fiel dann aber mit 43,3 Prozent etwas höher aus als vor vier Jahren mit 42,2 Prozent. Die Nachbefragung von Wählerinnen und Wählern hat dann ergeben, daß in der letzten Woche vor dem Wahlsonntag keine Partei so viele Bürgerinnen und Bürger auf ihre Seite ziehen konnte wie die SVP.

Ein in mancher Hinsicht überraschendes Wahlergebnis

Daß unter diesen Voraussetzungen die SVP insgesamt als Siegerin aus den Wahlen hervorgehen würde, war zu erwarten. Für eine Überraschung sorgte dann aber doch das *Ausmaß* dieses Sieges. Die SVP schloß in bezug auf die Wähleranteile bei den Nationalratswahlen nicht nur zu den großen Bundesratsparteien auf, sondern überholte sie mit ihrem Anteil von 22,6 Prozent; dieser Sieg brachte der SVP einen Gewinn von 15 Mandaten, womit sie jetzt über 44 Mandate verfügt. Die Sozialdemokraten verloren ihre Spitzenposition als stärkste Partei, auch wenn sie ihre Parteistärke von 21,8 auf 22,5 Prozent ausbauen konnten; wegen der Proporzarithmetik verlor sie trotzdem drei Sitze, womit sie jetzt über 51 Sitze verfügt.

In bezug auf die Parteienstärke verlor die FDP geringfügig und hält nun einen Stimmenanteil von 19,9 Prozent gegenüber 20,2 Prozent nach den letzten Wahlen; damit verlor sie drei Sitze, womit sie jetzt über 43 Sitze verfügt. Die CVP, der große Verluste vorausgesagt worden waren, verlor weniger

als erwartet und hält jetzt noch einen Anteil von 15,8 Prozent gegenüber 16,8 Prozent (1995) und 18,3 Prozent (1991); wegen der Proporzarithmetik gewann sie trotzdem einen Sitz, womit sie jetzt über 35 Sitze verfügt. Die vier Regierungsparteien erreichten so einen Stärke von 80,8 Prozent und halten neu 173 der 200 Nationalratsmandate.

Damit wurden auf der anderen Seite die kleinen Nichtregierungsparteien dezimiert. Die Grünen erreichten wie bisher einen Wähleranteil von fünf Prozent und neun Sitze, wobei die Entwicklung in den einzelnen Kantonen auffallend unterschiedlich ist. Die Liberalen verloren 0,4 Prozent bzw. einen Sitz und haben nun noch sechs Sitze; die LdU verlor 1,1 Prozent bzw. zwei Sitze und hat noch einen Sitz; die Demokraten verloren 1,8 Prozent bzw. zwei Sitze und haben noch einen Sitz; die EVP erreichte unverändert 1,8 Prozent, gewann aber einen Sitz und hat nun drei Sitze; die PdA verbesserte sich um minimal auf 1,8 Prozent, gewann aber zu den bisherigen drei Sitzen keinen hinzu; die Lega verlor 0,3 Prozent, gewann aber einen zweiten Sitz; die Freipartei schließlich stürzte von fünf Prozent auf 0,9 Prozent ab und verlor alle sieben Mandate. 4,5 Prozent der Stimmen entfielen auf „Übrige“, von denen die EDU Bern und die CSP Freiburg je einen Sitz halten konnten.

Für die kleinen Parteien stellt sich als eine der ersten Fragen die Bildung von Fraktionen. Denn nur Fraktionen in der Mindeststärke von fünf Abgeordneten können in den Kommissionen mitarbeiten und erhalten eine finanzielle Abgeltung (von zur Zeit 60 000 Franken Grundbeitrag und 11 000 Franken pro Fraktionsmitglied).

Die Nichtwähler und Nichtwählerinnen sind nicht nur als größte Partei, sondern auch als mögliche Neuwähler und Neuwählerinnen von Bedeutung. So errechnete das Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung in Kaufbeuren eine große Mobilisierungskraft der SVP unter den bisherigen Nichtwählern und Nichtwählerinnen (Neue Luzerner Zeitung, 27. 10. 99). Gemäß seiner Wählerstromanalyse entschied sich von den Bürgerinnen und Bürgern, die vor vier Jahren an den Nationalratswahlen nicht teilgenommen hatten, gesamtschweizerisch 61 700 für die SVP und 13 500 für die CVP; von der CVP wanderten 24 400 Stimmen zur SVP ab und von der rechten Seite erhielt die SVP 57 600 Stimmen.

Von der Rechten wanderten aber auch 9 300 Stimmen zur FDP und 10 000 zur SP ab. Die FDP schließlich verlor 23 900 Stimmen an die Partei der Nichtwähler und Nichtwählerinnen. Besonders ausgeprägt war die Mobilisierung der Neuwähler in der Zentralschweiz, wo der Wert zwei- bis viermal höher war als der schweizerische Durchschnitt. In Luzern gelang es der SVP sogar, einen überdurchschnittlichen Anteil von CVP-Wählern und -Wählerinnen für sich zu gewinnen.

Schon vor einem Jahr hat der Politikwissenschaftler *Claude Longchamp* erklärt, daß sich in der schweizerischen Parteien-

landschaft in zweierlei Hinsicht effektive Bewegung ergebe: „Über das Wechselwählen im Umfeld enttäuschter Anhänger und Anhängerinnen sowohl von Regierungsparteien wie von Oppositionsgruppierungen oder aber über Erstwähler und Erstwählerinnen beziehungsweise gelegentliche Nichtwähler und Nichtwählerinnen“ (NZZ, 24./25. 10. 98).

Eine institutionelle Unterstützung findet die von Christoph Blocher vertretene Linie der SVP durch die von ihm präsierte Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS). Ziel dieser bereits 35 000 Mitglieder zählenden Aktion ist „die Wahrung einer freiheitlichen, unabhängigen, neutralen Schweiz“. Sie will in nächster Zeit ihre Anstrengungen auf die Verhinderung eines UNO- und EU-Beitritts der Schweiz konzentrieren und „gegen die Verletzung der dauernden bewaffneten Neutralität durch Einsätze von Schweizer Soldaten im Ausland“ antreten.

Kein „Rechtsrutsch“, aber doch eine Verschiebung mit Folgen

Die erhebliche Stärkung der SVP innerhalb einer ihrerseits gestärkten Regierungskoalition kann nur auf den ersten Blick als „Rechtsrutsch“ bezeichnet werden. Das Ergebnis der Nationalratswahlen 1999 ist eher als eine „Verschiebung der Achse nach rechts“ (NZZ, 25. 10. 99) zu bezeichnen. Diese Verschiebung hat aber ihre Folgen für die Politik der Bundesbehörden, für Parlament wie für Bundesrat, soll der Wählerwille ernst genommen werden. Das betrifft die Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik so gut wie die Ausländer- und Asylpolitik oder die Sicherheits- und Energiepolitik, um nur die sensibelsten Differenzen zwischen „links“ und „rechts“ anzusprechen. Denn die Vertreter der SVP bezeichnen die politische Richtung der Entscheide des Parlaments in der bisherigen Zusammensetzung als „Mitte-links-Politik“.

Eine erheblich gestärkte SVP will dafür besorgt sein, daß diese von einer „Mitte-rechts-Politik“ abgelöst wird. Eine Voraussetzung müßte die SVP als Regierungspartei allerdings ihrerseits erst noch erfüllen, nämlich den Tatbeweis einer verlässlichen Koalitionspartnerin erbringen; nur zu schnell wechselte sie in der Vergangenheit von der Rolle einer Regierungspartei in jene der Protest- und Oppositionspartei.

Bei den vom Parlament ratifizierten bilateralen Verträgen mit der EU scheint sich auch der von Christoph Blocher beherrschte Flügel der SVP und sogar die von ihm präsierte AUNS mit den übrigen Regierungsparteien ins Einvernehmen setzen zu wollen. Jedenfalls verzichtet sowohl die SVP wie auch die AUNS darauf, ein Referendum gegen diese Verträge zu unterstützen. Getragen wird dieses Referendum also nur noch von den Rechtsparteien Schweizer Demokraten, Lega dei ticinesi und Katholische Volkspartei. Andererseits

bleibt die entschiedene Gegnerschaft der SVP zu einem UNO- und EU-Beitritt der Schweiz für die übrigen Regierungsparteien eine Herausforderung.

Kommen sie der SVP zumindest in bezug auf den Zeitplan nicht entgegen, dürfte sich die SVP den Nationalkonservativen im bürgerlichen Lager weiterhin als neue Heimat empfehlen. Der Nationalkonservatismus ist in der Schweiz nämlich keine neue Erscheinung, im bürgerlichen Lager gibt es ihn seit je. Die schweizerische Besonderheit ist, „daß er quer zu den Parteien angelegt ist und vor allem auf der rechten Seite vagabundierende Wählerpotentiale erzeugt“ (Claude Longchamp). In den letzten Jahren ist es der SVP offensichtlich gelungen, diese Wählerpotentiale für sich zu mobilisieren.

Eine Korrektur der Bundespolitik im Sinne des Wählerwillens muß aber nicht zu einer anderen Zusammensetzung der Landesregierung führen, auch wenn die SVP unter dem Eindruck ihres Wahlerfolges einen zweiten Sitz im Bundesrat fordert. Gewählt wird die Landesregierung nämlich von der Bundesversammlung, das heißt von den beiden Kammern des Parlamentes in einer gemeinsamen Sitzung. Unter der berechtigten Annahme, daß die noch ausstehenden zweiten Wahlgänge in den Ständerat die Parteistärke in der Bundesversammlung nicht verändern werden, ist im Blick auf eben diese Stärke eine Wegwahl eines amtierenden Bundesrates unwahrscheinlich.

Die FDP mit zwei Bundesratssitzen verfügt über 61 Mandate, die SP mit zwei Bundesratssitzen über 55 Mandate, die SVP mit einem Bundesratssitz über 51 Mandate und die CVP mit zwei Bundesratssitzen über 50 Mandate. Dazu kommt, daß die Dauerhaftigkeit der gegenwärtigen Wählerstärke der SVP noch nicht erwiesen ist und FDP, CVP und SP in den kantonalen Parlamenten wesentlich stärker vertreten sind.

Die Alternative zur Vier-Parteien-Regierung wäre eine unter Ausschluß der SVP gebildete „Mitte-Links-“, oder eine unter Ausschluß der SPS gebildete „Mitte-Rechts-Regierung“. So behauptet Christoph Blocher, wenn die Europafrage nicht wäre, würde sich in der Schweiz eine bürgerliche Regierung bilden lassen. Daraus folgert er: „Wenn es gelingt, die Frage ‚EU-Beitritt ja oder nein?‘ während der nächsten zehn Jahre aufs Eis zu legen, so besteht die Möglichkeit, daß sich unsere Regierung schon bald aus dem bürgerlichen Lager von SVP, FDP und CVP – also ohne die SP – zusammensetzt.“ Eine konsequent bürgerliche Regierung, das heißt eine kompromißlose „Mitte-Rechts-Politik“ stünde indes ständig unter dem Referendumsdruck der „Linken“. Aber auch eine kompromißlose „Mitte-Links-Politik“ hätte dieses Problem. So wird die wahrscheinlichste Folge des Wahlausgangs 1999 sein, daß die bisherige „Mitte-Links-Politik“ zu mehr Kompromissen gegenüber dem einer größeren institutionellen Integration der Schweiz in Europa kritisch gegenüberstehenden Teil der Bürger und Bürgerinnen bereit sein wird.

Rolf Weibel